



Erklärung der Gruppe Spartakus zu den Bundestagswahlen '94

Beim großen Urnenspektakel: Keine Wahl für die Arbeiterklasse

Wahlkampfzeiten können Zeiten erhöhter allgemeiner Politisierung sein. In verzerrter Form widerspiegeln Parlamentswahlen durchaus den Bewußtseinsstand der Lohnabhängigen und sind ein Gradmesser für das politische Kräfteverhältnis der Klassen. Gegen verdummende bürgerliche "Lösungs"konzepte (wie "Die deutschen Interessen besser vertreten", "Arbeit, Arbeit, Arbeit" oder ganz schlau: "Arbeitslos, aber nicht wehrlos") ist es Aufgabe von Linken, im Wahlkampf die notwendige Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse sowie aller Werktätigen zu begründen. Unserer Meinung nach können diese Interessen nur *gegen* die deutsche Kapitalistenklasse und deren reale bzw. Möchtegern-Polit-Vertreter (von CDU/SPD bis hin zu Bündnis 90/Die Grünen und PDS) auf der Grundlage eines revolutionären Programms durchgesetzt werden. Da es jedoch keine revolutionäre Kandidatur zum Sturz der CDU/CSU/FDP-Regierung gibt, wäre eine *kritische* Wahlunterstützung einer Gruppierung mit Masseneinfluß in der Arbeiterbewegung das kleinere Übel. Sie müßte allerdings wenigstens vorgeben, zumindest für elementare Interessen wie z.B. Verteidigung aller Arbeitsplätze, keine Entlassungen, keine Lohnkürzungen, keine Kürzungen der Sozialleistungen, keinen Abbau der demokratischen Rechte, Widerstand gegen die Faschisten oder Mobilisierung gegen den erstarkten deutschen Imperialismus und seine internationalen Ansprüche etc. anzutreten. Aber, aber, aber ...

Je näher der Wahltermin heranrückt, desto deutlicher wird, daß bei diesen Wahlen nichts entschieden wird - weil alles schon klar ist: Die verschiedenen Programme der größeren politischen Parteien unterscheiden sich höchstens graduell; auch bürgerliche Arbeiterparteien wie SPD und PDS betreiben nicht nur "Waschmittelwerbung", sondern haben auf der steil rechts-abschüssigen (BRD-) Talstrecke im Staatswagen ihren jeweiligen Platz eingenommen. Angesichts dieser Situation wird auch ein Phänomen erklärlicher, das im bürgerlichen Journalismus "Politikverdrossenheit" genannt wird, v.a. aber eine Alternativ- und Ratlosigkeit bzw. ein Gefühl individueller Ohnmacht und Resignation ausdrückt. Der zunehmende Anteil der Nichtwähler drückt sicherlich Frust, andererseits aber auch oftmals eine - diffuse - Opposition aus. Dieses ganze "Superwahljahr" muß im Kontext einer zuneh-

mend verschärfen *allgemeinen Rechtsentwicklung* der BRD-Gesellschaft gesehen werden. Eine entscheidende Ursache liegt darin, daß die Arbeiterklasse über keine politische Klassenvertretung verfügt, die ihre Forderungen *unabhängig* von der Bourgeoisie und deren Staat, geschweige denn *gegen* diese Gauner, erhebt.

In den letzten Jahren wurde in Deutschland jedem ernsthafteren Widerstand, jeder defensiven v.a. gewerkschaftlichen Klassenmobilisierung eine Niederlage beigebracht. Eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung dieser Niederlagen kommt der SPD zu, die, im Gleichschritt mit der Regierung, eine Hauptrolle bei der Organisierung der *bürgerlichen Offensive* spielt. Erinnerung sei an die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr (wenn auch erst mal nur mit blauem Helm), an die "innere Aufrüstung" ("Lauschangriff", PKK-Abschiebungen), an die Aushebelung des Asylrechts, an die Zustimmung zu den einzelnen Maßnahmen des Sozialabbaus etc. etc. Zu jeder Schweinerei gab die SPD entweder direkt ihren Segen (wenn auch mitunter mit "Verfassungsbedenken") oder setzte sogar noch eins drauf - wie z.B. der Sozialdemokrat Vosscherau in Hamburg, der die CDU rechts überholte und eine Zuzugssperre für ImmigrantInnen propagierte.

Flankiert wird die SPD-Politik von einer "sozialintegrativen" Gewerkschaftsführung, die, fest in sozialdemokratischer Hand, Schritt für Schritt die sozialen und politischen Errungenschaften der Lohnabhängigen ausverkauft. Dies wird auch von den Unternehmern und der Staatsführung offiziell anerkannt. Beim Begräbnis des DGB-Chefs Meyer etwa lobte der Regierungssprecher: "Meyer war kein Klassenkämpfer". Eben! Sein Nachfolger (und Aufsichtsratsmitglied) Schulte verspricht die Fortsetzung dieser Politik, Geheimabsprachen mit den Bossen eingeschlossen.

Der Rechtstrend der Staatspolitik und ihrer loyalen "Opposition" verstärkt nationalistische und rassistische Tendenzen, die sich in faschistischen Pogromen entladen. Rostock konnte mit zumindest passiver Sympathie größerer Bevölkerungskreise stattfinden. (Auch die PDS fand nach Rostock Worte des Verständnisses für die Claqueure.) Man muß es klipp und klar sagen: Der offizielle Staatsrassismus von CDU/CSU, FDP und SPD ermuntert die Nazis, ihre Mordgeschäfte nur umso intensiver zu betreiben. Ohne aktuell auf

die Karte des "IV. Reichs" zu setzen, schätzt und toleriert die bürgerliche Klasse die Faschisten (in einem vorgegebenen Rahmen) bei der Ausübung der illegalen Drecksarbeit. Und deshalb sind (begrenzte) Kooperationen der bürgerlich-demokratischen Staatsorgane mit den Nazis an der Tagesordnung. Das bestätigte kürzlich der von NRW-Innenminister Schnoor (SPD) eingesetzte Nazi-Kampfabbilder und V-Mann Schmitt in Solingen und das zeigte auch wieder die von der Polizei unterstützte Nazi-Aktion in Magdeburg. Insbesondere die Reps bemühen sich, das erzeugte nationalistische und rassistische Klima in Stimmen und politischen Einfluß umzumünzen.

Keine Stimme der SPD

Die SPD bindet mit einem genuin bürgerlichen Programm politisch immer noch einen wesentlichen Teil der Arbeiterklasse und stellt damit eine entscheidende Barriere innerhalb der Arbeiterbewegung für die Überwindung des Kapitalismus dar. Dieser bürgerlich-reformistische Einfluß muß sowohl durch revolutionäre Propaganda als auch durch gemeinsame Aktionen gebrochen werden. Jede - auch noch so begrenzte oder halbherzige - Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen muß aufgenommen, vertieft und vorwärts gestossen werden. Dagegen muß jeder Schritt in Richtung Bourgeoisie auf schärfste Opposition stoßen.

Dies gilt auch bei Wahlen. Man kann der SPD (bzw. anderen Parteien der Arbeiterbewegung) eine kritische Wahlunterstützung dann geben, wenn sie zumindest vorgibt, unabhängig und in elementaren Fragen unsere Interessen zu vertreten. Die SPD läßt aber aktuell keinen Zweifel über ihre Funktion aufkommen, mit Leib und Seele die Kapitalinteressen zu verteidigen. Ihr Regierungsprogramm ist das der offenen kapitalistischen Krisenverwaltung - komme was da wolle! Der "Realist" Lafontaine kündigt jetzt schon weitere Einschnitte ins soziale Netz an (nach "eingehender Prüfung der Staatsfinanzen", versteht sich), während "Kohlping" keine Differenzen zur Außenpolitik der Regierung hat. Die SPD hat es also noch nicht einmal nötig vorzugeben, irgendwelche Arbeiterinteressen zu vertreten. Von daher kann (und will) sie auch



**Ich bin der
bessere
Kohl**

keine Illusionen erzeugen, eine Alternative für die Lohnabhängigen darzustellen.

Jede Stimme für die SPD ist damit eine Stimme für die Fortsetzung der bürgerlichen Offensive. Jede noch so kritische Wahlunterstützung der SPD hilft nur, da weiter zu machen, wo schon lange hätte Schluß sein müssen; sie senkt das proletarische Klassenbewußtsein. Wer für den Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter eintritt, der muß gegen die Scharping-SPD-Führung sein, die es geschafft hat, ihre Partei fast widerspruchslos auf ihrem arbeiterfeindlichen Kurs hinter sich her zu ziehen - und der kann auch nicht SPD wählen!

Linke Gruppen wie etwa die Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) und die Sozialistische Alternative VORAN (SAV) aber, die der SPD kritische Wahlunterstützung geben, weil die ArbeiterInnen immer noch Illusionen in die SPD hätten, bilden selbst eine (reformistische) Barriere. Natürlich haben die Lohnabhängigen Illusionen, man muß sich aber fragen, welche? Eben nicht die, daß die SPD ihre Interessen vertritt, sondern die, daß es mit "Kohlping" (angeblich) nicht ganz so schlimm kommen werde. Widerstand, Klassenkampf sind bei dieser Art von Illusionen jedoch *nicht* eingeschlossen - womit man aber wieder beim Anfang steht, den Widerstand eben doch *gegen* die SPD organisieren zu müssen! Nur schade, die Bedingungen sind dann aber nicht besser, sondern schlechter: Wenn die Lohnabhängigen jetzt die SPD, de facto die Fortsetzung der bürgerlichen Offensive, wählen, warum sollte diese Wahlentscheidung ihr Selbstvertrauen stärken, den Ansprüchen der Bourgeoisie (bzw. der SPD) entgegenzutreten? Mit ihrer Wahlunterstützung der SPD dokumentieren solche Gruppierungen wie SAV und SAG nur ihre eigenen Illusionen, verhindern in der Praxis - trotz aller Lippenbekenntnisse - den nötigen Bruch mit der SPD und schaden damit dem Kampf gegen die Kapitalisten. Sie kapitulieren vor dem bürgerlichen Druck.

Die PDS: keine linke Alternative

Auch die PDS, die zumindest vorgibt, eine linke Opposition darzustellen und sich sogar das Etikett "sozialistisch" verpaßt (man muß allerdings danach lange, lange suchen), repräsentiert keine grundsätzliche Alternative. Ihr Programm verbleibt völlig im kapitalistischen Rahmen und schürt demokratische Illusionen in den bürgerlichen Staat, angereichert durch einen spezifischen "Ost-Teil", der einem kruden Populismus

BOLSCHEWIK 
Gruppe Spartakus

Herausgeber: Gruppe Spartakus
Deutsche Sektion der Internationalen
Bolschewistischen Tendenz

Redaktionsanschrift:
M. Martin, Postfach 210 254
10502 Berlin

Erscheint im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: M. Martin, 10502 Berlin
Abonnement: 4 Ausgaben (inkl. Extra-Ausgaben) DM 10,-
Übersee DM 15,-
(erscheint unregelmäßig)

Konto: M. Martin, Postgiroamt Berlin
(BLZ 10010010), KtoNr.: 14241-107

Signierte Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der
Meinung der Redaktion.

huldigt ohne auch nur die Spur eines Bezuges zum Klassenkampf aufzuweisen.

Aber will die PDS denn nun wenigstens in elementaren Fragen konsequent Seite beziehen? Einige Aspekte z.B. ihres Frauenprogramms, die Ablehnung der "Reform" des § 218, die Wiederherstellung des Asylrechtsparagrafen u.a. sind sicherlich zu unterstützen. Allerdings ist die PDS dafür bekannt, daß sie nur da (v.a. verbal) aktiv wird, wo es nichts bzw. wenig kostet. Einer wirklichen Konfrontation mit den Herrschenden in diesem Lande ist die Nachfolgepartei der SED aber schon immer aus dem Weg gegangen - die DDR gab sie kampfflos an die deutsche Bourgeoisie ab.

Eine wirkliche Mobilisierung ihrer zahlreichen Mitglieder, z.B. in Aktionen gegen die Nazis, ist der PDS-Führung zu heiß; sie will jede Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt von vornherein ausschließen. Die PDS fordert stattdessen das Verbot faschistischer Organisationen und schürt damit die selbstmörderische Illusion, daß dieser Staat Helfer - und nicht Gegner - im anti-faschistischen Kampf sein könne. Zum dro-

**Ich bin der
bessere
Scharping**



henden Aufmarsch der Nazis am 20. April in Berlin desorientierte sie auf das Verbot des Fußball-Länderspiels, zog sich dann vornehm zurück und überließ entschlossenen Anti-FaschistInnen (vereinzelt auch aus ihren eigenen Reihen) die konkrete Verhinderung der Nazi-Aktionen (z.B. am 1. Mai gegen die FAP).

Und vertritt die PDS wenigstens solche minimalen Forderungen wie keine Lohnkürzung, keine Entlassungen, Arbeit für alle? Nein, denn dann müßte sich die PDS auch mit den Gewerkschaftsführungen anlegen. Im Wirtschaftsteil ihres Wahlprogramms wird zwar Arbeitszeitverkürzung gegen Arbeitslosigkeit gefordert, aber Lohnausgleich nur für Einkommen, die unter dem "gesellschaftlichen Durchschnittseinkommen" liegen, finanziert durch staatliche Lohnkostenzuschüsse. Das nennt man: Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnraub! Offensichtlich schwebt der PDS das VW-Modell als gesamt-nationale Krisenlösung vor. Daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die Kosten der "Modernisierung Deutschlands" zahlen sollen, wird zustimmend in Kauf genommen; auch den Unternehmern möchte man schließlich nicht auf den (Geld-) Sack gehen. Für den PDS-eigenen "Aufschwung-Ost" soll die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer und mittlerer Unternehmen gestärkt werden. Erinnerung sei auch an Gysis unternehmerfreundliche Haltung während des Streiks in Bischofferode, als er für die Pri-

vatisierung der Kali-Grube eintrat. Und Begriffe wie "flexible Arbeitszeitgestaltung" und "aktive Beschäftigungspolitik" gehören doch wohl eher ins Repertoire von Unternehmerverbänden als ins Programm einer "sozialistischen" Partei!

Die PDS drängt sich zur Mitte - Pech allerdings, daß sie dort - außer in lokalen großen Koalitionen wie in Brandenburg oder Sachsen - keiner will. Am Aschermittwoch verkündete Gysi in Ingolstadt, daß nur mit der PDS eine "Vermittlung aller verschiedenen Interessen" für einen "zukunftsweisenden Umbau der Gesellschaft" zu erreichen sei. Die Lohnabhängigen der BRD sollten sich diese Art von fröhlicher Katerstimmung auch von der PDS nicht gefallen lassen. Diese Ost-Variante der Sozialdemokratie will sich der bürgerlichen Offensive nicht entgegenstellen.

Keine Stimme dem Bündnis 90/Die Grünen

Die Grünen, die FDP der Linken, sind eine durch und durch kleinbürgerliche Formation, die bekanntlich nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun hat. Nachdem sich die Reste vorgeblich kommunistischer Gruppen und der radikaleren "fundamentalistischen" Ökologen verabschiedet haben, steht diesem Bündnis - ging es nur nach ihm - nichts entgegen, imperialistische Realpolitik mit grünen Tupfern zu machen. Erinnerung sei an die Stimmen aus den Grünen, die unverhohlen den militärischen Einsatz der UNO in Ex-Jugoslawien forderten. Selbst der unverbindliche Beschluß ihres letzten Parteitages zur "mittelfristigen" Auflösung von Bundeswehr und NATO ist in Koalitionsgesprächen mit der SPD noch verhandelbar. In ihrer Gier nach Pfründen und staatsmännischer (Regierungs-) Verantwortung verkaufen sie eine "Mobilisierung der Marktkräfte zugunsten eines ökologischen Wirtschaftens" bei drastischer Arbeitszeitverkürzung ... ohne Lohnausgleich. Cohn-Bendits "alternative" Vorschläge zur Verhinderung von Einwanderungen sowie Fischers Atom-Pragmatismus zeigen, was führende grüne Mitglieder an bürgerlichen Schalthebeln in punkto Aufhebung demokratischer Rechte sowie bei der Pflege der "sozialen Marktwirtschaft" so alles leisten können. Eine Stimme für dieses Bündnis ist eine Stimme für eine "grüne" Modernisierung des imperialistischen "Modells Deutschland" und damit gegen die Interessen der Lohnabhängigen.

**Ich bin der
bessere
Kinkel**



Es gibt keine Wahl bei diesen Wahlen - stimmt ungültig

Die Gruppe Spartakus ruft zu den Bundestagswahlen '94 auf, ungültig zu stimmen. Wir sehen keine politische Kraft, die in relevanter Weise vorgibt - und sei es nur partiell - für ArbeiterInneninteressen einzutreten. Aber profitieren durch ungültige Stimmen nicht indirekt die Rechten von der CDU bis hin zu den Republikanern und Nazis? "Wer nicht wählt, stärkt die Rechten", lamentieren SPD und PDS, scheinbar ganz selbstlos, um doch noch ein paar mehr Stimmen für ihre elend-staatstragenden Kandidaturen herauszuholen. Doch was ist die Realität? Fakt ist, daß sich die PDS hinter der SPD duckt, die SPD sich wiederum von der Regierung in keiner wesentlichen Frage politisch unterscheidet, die Politik von CDU und SPD jedoch das Klima geschaffen hat, in dem die Reps im Trüben fischen und erstarken können. Man muß also vielmehr feststellen: Wer PDS und SPD wählt, setzt den Reps und dem dahinterstehenden braunen Pack aber auch gar nichts entgegen! Und letztere wird man zudem auch nicht per Wahlzettel, sondern nur durch eine konsequente anti-faschistische Gegenmobilisierung an ihrer weiteren Ausbreitung hindern.

Eine eventuelle SPD/Grünen-Regierung und deren Austeritätspolitik würde der Rechten nur die Möglichkeit für jegliche Art von Demagogie liefern, sich den "Interessen" des "kleinen (deutschen) Mannes" anzunehmen. Und die PDS, ganz zu schweigen von der SPD, arbeitet heute der Rechten auch dadurch zu, indem sie in ihrer Propaganda bürgerliche Elemente - Akzeptanz der kapitalistischen Produktionsweise, Vertrauen in den (starken) Staat, Patriotismus (Nationalismus), etc. - transportiert, die dann bei den ultra-

rechten Nationalisten bzw. Faschisten voll zum Tragen kommen.

Im anstehenden Wahlspektakel geht es nicht darum, unter allen Umständen sein Kreuzchen zu machen; es genügt aber auch nicht, sich angewidert in die eigenen vier Wände zurückzuziehen. Es muß eine revolutionäre Perspektive entwickelt werden, mit der die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen gegen das Kapital und seinen Staat auf der Grundlage eines proletarischen Internationalismus durchgesetzt werden können. Die Schaffung von Klassenbewußtsein, die Entwicklung von revolutionären Elementen, ist der Schlüssel für den Umschwung in der Zukunft. Die Wahl von SPD und PDS ist diesem Ziel dagegen nur abträglich.

Sollte es jedoch auf den sogenannten "Offenen Listen" der PDS EinzelkandidatInnen geben, die in grundsätzlichen Fragen korrekte Positionen vertreten *im Unterschied* zur PDS und ihrer "Bunten Truppe" von Gewerkschaftsbürokraten, Pfaffen, abgehalfterten ex-DDR-Ministern und Bismarckurenkeln, EinzelkandidatInnen also, die eine Minimal-Alternative zur bürgerlichen Offensive repräsentieren, dann würden wir zu deren Unterstützung aufrufen ... wenn es denn solche KandidatInnen gäbe.

Als Bestandteil des Wahlkampfes sehen wir darüber hinaus auch die Notwendigkeit von Aktionseinheiten der Linken und Arbeiterbewegung zur Verhinderung ultrarechts-nationalistischer bzw. faschistischer Propaganda. Die Störung des Republikaner-Auftritts in Nürnberg war in dieser Hinsicht kein schlechter Auftakt!

*Kampf gegen die bürgerliche Offensive!
Für den Aufbau der trotzkistischen Arbeiterpartei!*

1917

"To face reality squarely; not to seek the line of least resistance; to call things by their right names; to speak the truth to the masses, no matter how bitter it may be; not to fear obstacles; to be true in little things as in big ones; to base one's program on the logic of the class struggle; to be bold when the hour for action arrives—these are the rules of the Fourth International."

JOURNAL OF THE INTERNATIONAL BOLSHEVIK TENDENCY

Englischsprachiges Organ der
Internationalen Bolschewistischen Tendenz

Nr. 14

Aus dem Inhalt:

- China: the Gathering Storm
- Russian 'Shock Therapy' On the Skids
Bonapartist Burlesque
- Marxist Leninist Party of the USA -
Long March to Oblivion
- IBT's First International Conference
- Fascism and the German Left

Zu beziehen über:
M. Martin, Postfach 210 254, 10502 Berlin
Preis: DM 2,- + Porto DM 3,-
(bitte in Briefmarken beilegen)

Kontaktadressen der Internationalen Bolschewistischen Tendenz

- Berlin:** M. Martin,
Postfach 210 254
10502 Berlin
- Hamburg:** PLK 079 731
Postamt 20
20253 Hamburg
- Bay Area:** Bolshevik Tendency
PO Box 31796
Oakland, CA 94604, USA
- New York:** Bolshevik Tendency
PO Box 385, Cooper Station
New York, NY 10276, USA
- Toronto:** Bolshevik Tendency
PO Box 332, Adelaide St. Stn.
Toronto, Kanada M5C 1J0
- Montreal:** Box 1703,
Suc. Place d'Armes,
Montréal, Québec
H2Y3L2 Canada
- Wellington:** Permanent Revolution Group
PO Box 9671
Wellington, Neuseeland